

Beschlussbuch

Landesausschuss
des Juso-Landesverbandes NRW

Donnerstag, 8. April 2010 in Düsseldorf

Inhaltsverzeichnis

1	Handyverträge	Seite 3
2	Energie- und Rohstoffeffizienz steigern - Für Arbeitsplätze, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit!	Seite 4
3	Das Desaster von Kopenhagen – Wie weiter in der internationalen Klimapolitik?	Seite 14
4	Die Juso-SchülerInnen stärken. Selbstständig und Teil des Verbandes.	Seite 20
W 2	Weil Menschen mehr als Zahlen sind: Noten abschaffen!	Seite 23
W 5	Moderne ökologische Industrie- und Energiepolitik: CO ₂ –Vermeidung sinnvoll ausgestalten!	Seite 25
W 8	Raucherclubs gefährden die Gesundheit! Für eine konsequente Gewährleistung des Nichtraucher-schutzes	Seite 29
W13	WIDER DER NATIONALEN DENKE – FÜR EINE VIELFÄLTIGE UND SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT	Seite 30

Beschluss 1 Handyverträge

Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress, Landeskommision Internationales und Projektgruppe Umwelt & Energie

Der Juso-Bundesverband fordert alle SozialdemokratInnen auf, die im öffentlichen Raum Verantwortung tragen, keine Handyverträge abzuschließen/abschließen zu lassen, die beinhalten, in einem festen Turnus automatisch ein neues Handy zu erhalten.

**Beschluss 2 Energie- und Rohstoffeffizienz steigern - Für Arbeitsplätze,
Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit!**

Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress

Wir Jusos setzen uns für den schnellstmöglichen Wandel der deutschen Energiewirtschaft hin zu erneuerbaren Energien, mehr Energieeffizienz, die demokratische Kontrolle der Energienetze und dezentrale Infrastrukturen ein. Durch die gewaltigen Herausforderungen des globalen Klimawandels ist es unser aller Pflicht die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2020 um min. 40% gegenüber 1990 zu senken. Bis 2050 muss eine Reduktion von min. 80% in allen Industrieländern erreicht sein um schwerste Naturkatastrophen, die Zerstörung von Ökosystemen und globale sozio-ökonomische Krisen zu verhindern.

Neben dem zwingend erforderlichen Umdenken in der Art und Weise wie Energie erzeugt und verteilt wird, muss jedoch auch ein Umdenken beim Energieverbrauch stattfinden. Im Zentrum der medialen wie politischen Aufmerksamkeit steht jedoch nach wie vor ersteres. Neben der Angebotsseite muss endlich auch die Nachfrageseite berücksichtigt und gleichberechtigt gewichtet werden. Die Gesamtmenge der produzierten Primärenergie darf nicht unbegrenzt steigen, da jede Form der Energieerzeugung mit Belastungen für unsere Umwelt verbunden ist. Denn: für die Errichtung jeder Art von Energieproduktionsstätte ist der Einsatz von Rohstoffen notwendig und Eingriffe in unseren natürlichen Lebensraum sind an den betreffenden Standorten unumgänglich.

Die Vorteile einer besseren Energieeffizienz

Für die Steigerung der Energieeffizienz, d. h. einen geringeren Verbrauch von Elektrizität, Wärme und Kraftstoff, sprechen zahlreiche Argumente. Sowohl ökonomisch als auch ökologisch ist es die richtige Antwort auf steigende Energiepreise.

Überall dort wo Energie- und damit einhergehend Rohstoffeinsparungen möglich sind, macht sich dies unmittelbar finanziell bemerkbar. Dies gilt für die einzelnen Privathaushalte, das

Gewerbe und die Industrie und ebenso für die Volkswirtschaft als Ganzes. Für das produzierende Gewerbe ergibt sich aus weniger Energie- und Rohstoffverbrauch eine höhere Produktionseffektivität und daraus folgend wettbewerbsfähigere Preise. Für jeden Einzelnen ergibt sich daraus die soziale Dimension der Energieeffizienz: je niedriger die Kosten für Energie, desto höher ist der Spielraum für anderweitige Ausgaben wie Bildung, Kultur, gesunde Ernährung, Kleidung, Mobilität und Freizeit.

Deutschland ist als rohstoffarmes Land derzeit massiv von Energieimporten aus teilweise politisch höchst instabilen Ländern abhängig. Dies trifft insbesondere auf die Gasimporte aus Russland und die Erdölimporte aus dem Nahen Osten zu. Alternative Importmöglichkeiten sind entweder extrem kostspielig, ökologisch unsinnig oder ebenfalls politisch unsicher. Die Verringerung des Energiebedarfs trägt also, im Zusammenspiel mit Fortschritten auf der Angebotsseite, zur Steigerung der Versorgungssicherheit bei. In der Vergangenheit haben die Ölkrise 1973 und 1979/80, sowie in den letzten Jahren die Gasstreitigkeiten zwischen Russland und der Ukraine, gezeigt, dass Rohstoffe und Energieabhängigkeit als geopolitisches Druckmittel eingesetzt werden. Sich aus den damit zusammenhängenden Zwängen zu befreien ist zusätzliche Motivation für einen geringeren Energieverbrauch.

Mehr Energieeffizienz trägt – im Zusammenspiel mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien – außerdem dazu bei, dass veraltete Technologien wie die Kernkraft überflüssig werden. Bereits mit den jetzt vorhandenen technischen Potentialen kann dafür gesorgt werden, dass die Hochrisikotechnologie Atomkraft zu einem Relikt der Vergangenheit in unserem Land wird. Kalkar hat es vorgemacht: ein Freizeitpark in der Atomruine ist weitaus konfliktfreier als Kernkraftwerke, Castor-Transporte und Wiederaufbereitungsanlagen. Für diese Erkenntnis muss auch bei unseren europäischen Partnern und auf globaler Ebene entschieden worden werden.

Zuletzt sind die ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Potentiale von verbesserter Energieeffizienz zu nennen. Seit Jahren gilt das Mantra, dass Deutschland und Europa in einer globalisierten Wirtschaftswelt nur durch „ihre Köpfe und Ideen und die Kraft der Innovation im Dienstleistungs- und Hochtechnologiebereich“ bestehen können. Neben der bereits erwähnten Rohstoffarmut werden hierbei zumeist die Lohnstückkosten als „Nachteil“ gegenüber den aufstrebenden Entwicklungs- und Schwellenländern angeführt. Ein Wettlauf nach unten bei den Sozialstandards ist für uns keine Option.

Eine gegenteilige Entwicklung und die Befreiung aus der Armut überall auf der Welt hingegen das Ziel. Für den europäischen Wirtschaftsraum und den Erhalt der Industriearbeitsplät-

ze gerade in Deutschland ist deswegen neben einer guten Bildungslandschaft der technologische Fortschritt im Energieeffizienzbereich von gewaltiger Bedeutung. Das rasante globale Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre hat die Nachfrage nach Rohstoffen drastisch erhöht. Einhergehend (sowie massiv beeinflusst durch die virtuelle Nachfrage des Finanzmarktkapitalismus) stiegen die Rohstoffpreise in immer größere Höhen. Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise ist nur eine kurze Atempause. Bedingt durch die steigende Nachfrage der Entwicklungs- und Schwellenländer werden die Preise nach Überwindung dieser, nächsten Kapitalismuskrise erneut massiv steigen. In Zukunft werden daher nur noch die Volkswirtschaften konkurrenzfähig sein die es schaffen die Energie- und Rohstoffkosten zu minimieren.

Durch eine nachhaltige Ausrichtung der Wirtschafts- und Industriepolitik können zahlreiche neue Produktionsfelder und Dienstleistungsmöglichkeiten erschlossen werden. Für den Erhalt der Arbeitsplätze und des Wohlstands für die Menschen in unserem Land ist die Zukunftsperspektive deshalb eine ökologische Wirtschaftspolitik basierend auf dem Prinzip höchstmöglicher Energie- und Rohstoffeffizienz.

Die internationale Dimension

Ein positiver Effekt der Globalisierung ist die teilweise Überwindung von Isolationismus und Nationalismus. Es wird mittlerweile auf breiter internationaler Ebene verstanden, dass die diversen Lebenswelten auf diesem Globus auf unzähligen Ebenen miteinander verknüpft sind. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Klima- und Energiepolitik. Rein nationales Vorgehen ist daher der falsche Weg. Uns wäre nicht damit gedient, wenn Deutschland der permanente Musterschüler in ökologischen Fragen wäre (er ist es bei weitem nicht), wenn sich gleichzeitig anderswo auf der Welt entgegen gesetzte Trends vollziehen. Daher muss es Anspruch der deutschen Politik sein, die ökonomischen und ökologischen Vorteile des erlangten technologischen Fortschritts auch anderen Ländern zu ermöglichen. Dabei ist eine mehrstufige Vorgehensweise sinnvoll, bei der für Einigkeit in der wirtschaftspolitischen Strategie auf europäischer Ebene geworben wird. Während gleichzeitig der sozio-ökologische Wandel hierbei von uns vorangetrieben wird, sollte jedoch auch auf globaler Ebene für die Prinzipien der Nachhaltigkeit geworben werden. Mit bloßem Werben ist es jedoch nicht getan, weswegen Instrumente entwickelt werden müssen um moderne Energieeffizienztechnologien in Entwicklungs- und Schwellenländer transferieren zu können ohne dass die eigene ökonomische Basis gefährdet ist. Ein Modell hierzu sind beispielsweise die Clean Development Mechanisms im Rahmen des Kyoto-Protokolls.

Einsparpotentiale für unser Land

Im Jahr 2009 wurde in Deutschland Primärenergie (Strom, Wärme, Kraftstoff) mit dem Äquivalent von rund 455,2 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten verbraucht. Hiervon entfielen 34,7% auf Mineralöl, 21,8% auf Erdgas, 11,0% auf Steinkohle, 11,3% auf Braunkohle, 11,0% auf Kernenergie, und 8,9% auf erneuerbare Energien (Quelle: AG Energiebilanzen). Dies entspricht einem Treibhausgasausstoß von ca. 878 Millionen Tonnen, bei einem Rückgang von 8,4% gegenüber 2008. (Quelle: Umweltbundesamt). Studien des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, von McKinsey und des Prognos Instituts gehen unabhängig voneinander davon aus, dass durch wirtschaftliche, d. h. gewinnbringende, Energieeffizienzmaßnahmen 110 bis 130 Mio. Tonnen bis 2020 eingespart werden können. McKinsey hat außerdem berechnet, dass zusätzlich 14 Mio. Tonnen mit Kosten zwischen 0 und 20 Euro pro Tonne verwirklicht werden können.

Einsparpotentiale bestehen generell in allen drei Primärenergiekategorien Strom, Wärme und Kraftstoffe. Um gewichtige Effizienzwerte erreichen zu können muss demnach auch in allen drei Bereich angesetzt werden.

Diese Daten beziehen sich einzig und allein auf die Treibhausgasreduktionen durch Energieeffizienz. Werden die Einsparpotentiale des energiewirtschaftlichen Umbaus auf der Angebotsseite hinzugerechnet, rückt das Gesamtziel einer Treibhausgasreduktion um 40% bis 2020 in den Bereich des technisch und wirtschaftlich Möglichen und Sinnvollen.

Politische Ausgangslage

Die SPD hat in Regierungsverantwortung die Energiewende einleiten können. Sowohl bei der Produktion, als auch bei der Energieeffizienz. In erster Linie zu nennen ist hierbei das 2007 beschlossene integrierte Klima- und Energieprogramm. Deutlich wurde, dass die Sozialdemokratie die Grünen als treibender Faktor in der Klima- und Energiepolitik abgelöst hat. Es zeigt sich darüber hinaus, dass es gelang zahlreiche Projekte gegen den Widerstand der Unionsparteien in der großen Koalition durchzusetzen. Trotz teilweise gegenteiliger medialer Darstellung, war die Umwelt- und Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit rot.

Neben der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wird der Sozialdemokratie zunehmend auch in ökologischen Fragen große Kompetenz zugesprochen. Die Verbindung zwischen diesen und

weiteren Politikfeldern glaubhaft herstellen zu können muss auch weiterhin der zentrale Anspruch sozialdemokratischer Politik sein.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung unter „Führung“ von Angela Merkel betreibt eine konzept- und kopflose Umwelt- und Energiepolitik. Innerhalb der Union herrscht weitgehende Uneinigkeit über den weiteren Weg in der Energiepolitik. Gleichzeitig wird für den Herbst 2010 an einer neuen energiepolitischen Strategie für Deutschland gearbeitet, die Schlimmes befürchten lässt. Pseudo-Klimapolitiker wie Merkel und Umweltminister Röttgen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass schwarz-gelb plant viele der rot-grünen Errungenschaften auf diesem Gebiet wieder zunichte zu machen. Der Atomausstieg wird in Frage gestellt, der Ausbau der erneuerbaren Energie wird behindert und gebremst, finanzielle Zusagen an Entwicklungsländer zum Klimaschutz werden nicht eingehalten und auch im Bereich der Energieeffizienz werden keine zukunftsweisenden Anstrengungen unternommen. Die Umweltpolitik in Deutschland befindet sich im ungeordneten Rückzug.

Uns Jusos kommt daher die Aufgabe zu, in die Sozialdemokratie mit nachhaltigen und zukunftsfähigen Konzepten hineinzuwirken. Gerade im Interesse junger Menschen und der nachfolgenden Generation müssen wir uns für ein energie- und rohstoffeffizientes Wirtschaftsmodell einsetzen. Die SPD muss in der Lage sein auf diesem Gebiet mit schlüssigen Konzepten die Bundestagswahl 2013 zu gewinnen.

Die Zeit zu Handeln ist jetzt!

Wie erwähnt sind die Grundlagen für die Steigerung der Energieeffizienz in Deutschland gelegt. Wichtige Schritte wurden beispielsweise mit dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz gegangen. Diese vorhandenen Maßnahmen müssen verstetigt und verbessert werden. Es kommt hierbei auf den richtigen Mix von Anreizsetzung und ordnungspolitischen Eingriffen an. Werden die angebotenen Anreize von Bevölkerung und Wirtschaft angemessen ausgenutzt ist diese Variante vorzuziehen. Wird jedoch deutlich, dass der gesamtgesellschaftlich vorhandene Wille eines klima- und energiepolitischen Wandels nicht über Anreizregulierung erreichbar ist, müssen Gesetze die notwendigen Maßnahmen durchsetzen.

Hierbei ist auch anzumerken, dass jegliche Form der Energieeffizienzsteigerung wie ein Konjunkturprogramm wirkt indem es die Nachfrage nach Handwerksdienstleistungen, modernen Produkten und Energiedienstleistungen spürbar erhöht.

Die NRW Jusos fordern, dass sich alle Mitglieder und Gremien der SPD in den Kommunen, im Land NRW, auf der Bundesebene und in Europa für folgende Forderungen einsetzen:

Unsere Forderungen im Bereich der Neubauten und der Bestandsgebäude

1.

Am Ziel den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung bis 2020 auf 25% zu steigern muss festgehalten werden. Die entsprechende finanzielle Förderung dieser Anlagen muss aufrechterhalten und ausgebaut werden. Unser Ziel für 2030 ist ein weiterer Anstieg der KWK auf 50%.

2.

Die derzeitige Energieeinsparverordnung für Neubauten sieht eine Energieeffizienzsteigerung in zwei Stufen um jeweils 30% in den Jahren 2008/2009 und 2012 vor. Wir fordern, dass spätestens ab 2020 jeder Neubau den Qualitäten eines Niedrigstenergiehauses und ab 2030 eines Nullenergiehauses entsprechen muss. Die technischen Möglichkeiten hierzu sind bereits heutzutage gegeben. Dazu müssen diverse technische und bauliche Elemente zum Tragen kommen: Wärme- und Kälte­dämmung, Photovoltaik- und Solarthermieanlagen (Dachflächen mit Südausrichtung), geothermische Hausanschlüsse, intelligente Strom-, Gas-, und Wasserzähler, Regenwassernutzung, etc. Entsprechende Bauvorhaben für private oder gewerbliche Zwecke sollen über die KfW-Bank mit zinsgünstigen Krediten gefördert werden.

3.

Für den Wohngebäudebestand müssen schnellstmöglich dieselben Energieeffizienzstandards erreicht werden. Hierzu ist zuerst ein bedarfsorientierter Energiepass von Nöten, der den Namen auch verdient. Den Mieterinnen und Mietern muss es möglich sein schnell und unbürokratisch die Energiebilanz des Gebäudes zu erfahren. Kommt ein Vermieter seinen Verpflichtungen aus der Energieeinsparverordnung nicht nach, haben die Mieter das Recht die Miete pauschal zu kürzen um die erzwungenermaßen höheren Energiekosten auszugleichen.

4.

Die öffentliche Hand muss finanzielle Anreize zur energetischen Gebäudesanierung setzen. Dies kann über einen Sonderfonds oder verbesserte Steuerabschreibungsmöglichkeiten geschehen. Das CO2-Gebäudesanierungsprogramm muss fortgeführt und jährlich um min.

500 Mio. Euro aufgestockt werden. Vergleichbar mit dem Stufensystem bei Neubauten sollen zusätzlich gesetzliche Mindestanforderungen definiert werden. Das Ziel muss sein den Energieeffizienzgrad des Wohngebäudebestands in Deutschland bis Mitte dieses Jahrhunderts um min. 50% zu steigern.

5.

Bei der energetischen Gebäudesanierung kommt der öffentlichen Hand eine Vorreiter- und Vorbildfunktion zu. Deutschlandweit dürfen keine öffentlichen Gebäude mehr gebaut werden die nicht mindestens den Energieeffizienzstandards eines Niedrigenergiehauses entsprechen. Ab 2020 müssen öffentliche Gebäude so geplant und gebaut werden, dass sie mehr Energie in die Netze einspeisen als sie selbst verbrauchen.

6.

Die Gebäude von Gewerbe, Industrie und Einzelhandel bieten besondere Potentiale zur Energieeinsparung, sind aber oftmals auch große Energiekonsumenten. Für Neubauten und Bestandsgebäude müssen deshalb dieselben Effizienzstandards gelten wie für Privatgebäude. Als Anreize soll von staatlicher Seite (Umweltbundesamt o. Ä.) ein Energie- und Rohstoffeffizienzsiegel mit strikten Grenzwerten für Unternehmen eingeführt werden. Unternehmen die dieses Siegel nach einem strengen Energieaudit erhalten haben, kommen daraufhin in den Genuss einer Körperschafts- oder Unternehmenssteuerreduzierung. Hierdurch wird ein dreifacher finanzieller Anreiz geboten: erstens durch die Steuerreduzierung, zweitens durch die eingesparten Energiekosten und drittens durch die Möglichkeit die ökologische Wirtschaftsweise vermarkten zu können.

Unsere Forderungen für Haushaltsgeräte und Produktionsanlagen

1.

Bei den Haushaltsgeräten, aber auch bei größeren Produktionsanlagen, brauchen wir strenge, wirksame und dynamische Öko-Design Richtlinien. Diese müssen sowohl auf nationaler, wie auch auf europäischer Ebene schnellstmöglich umgesetzt werden. Als Instrument zur Förderung der Energie- und Rohstoffeffizienz sowie der Innovationskraft der Unternehmen dient hierbei das Top-Runner Programm nach japanischem Vorbild.

Für die VerbraucherInnen ist es zudem von besonderer Bedeutung, dass eine leicht verständliche und möglichst präzise Produktinformation in Form von Energieeffizienzsiegeln besteht.

In Zukunft muss jedoch nicht nur der Energiebedarf beim Betrieb, sondern auch der CO₂-Fußabdruck bei der Herstellung des Produkts ausgezeichnet werden (Lebenszykluskosten).

2.

Alle Menschen haben das Recht auf energieeffiziente Haushaltsgeräte und die damit einhergehenden Einsparpotentiale. Dies trifft insbesondere auch auf wirtschaftlich schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen zu. Die Kommunen sind hierbei in der Pflicht eine fundierte Energieberatung anzubieten. Um das Bewusstsein für Energieeffizienz zu erhöhen sollen an alle Haushalte von LeistungsempfängerInnen kostenlose Energiestarterpakete (mit Energiesparlampen, abschaltbaren Steckdosen, Produktinformationen, Strommessgerät, etc.) ausgeben werden. Für die Anschaffung von modernen Haushaltsgrößgeräten sollen Mini-Kredite vergeben werden können.

Unsere Forderungen für den Verkehrsbereich

1.

Generell ist der ÖPNV dem Individualverkehr vorzuziehen. Hierzu muss dieser ausgebaut und entscheidend verbessert werden. Gleichzeitig sollte der ÖPNV steuerlich spürbar besser gestellt werden.

2.

Die Kfz-Besteuerung muss zu 100% auf den CO₂-Ausstoß des Fahrzeugs bezogen sein. Eine Besteuerung über die Hubraumgröße, besonders wenn diese gedeckelt ist, ist nicht mehr zeitgemäß und innovationshemmend. Die Kosten pro ausgestoßenem Gramm CO₂ auf 100 KM müssen kontinuierlich steigen. Das Ziel ist die schnellstmögliche CO₂-ärmste Mobilität mit Elektro-Fahrzeugen gespeist aus erneuerbaren Energien.

3.

Die Steuerabzugsfähigkeit von Dienstwagen darf nur noch gegeben sein, wenn diese Dienstfahrzeuge höchsten Effizienzstandards entsprechen. Die LeistungsträgerInnen in unserer Gesellschaft müssen neben ihrer sozialen auch ihrer ökologischen Verantwortung gerecht werden. Ein steuerabzugsfähiges Dienstfahrzeug darf nur noch maximal 130 Gramm CO₂ pro 100 KM ausstoßen. Dieser Wert sinkt alle zwei Jahre um 10 Gramm.

4.

Der Lkw-Verkehr auf den deutschen Autobahnen stößt an die Grenzen der Belastbarkeit. Dennoch wird er bis 2020 deutlich zulegen. Die Lkws legen zwar nur ein Zehntel aller gefahrenen Kilometer zurück, produzieren aber mehr CO₂ und andere meist krebserregende Schadstoffe als die Pkws. Bis heute gibt es keinen CO₂-Grenzwert pro gefahrenen Kilometer der als verbindlich für die Lkw-Hersteller festgelegt wurde. Darüber hinaus werden die Lkws auf lange Sicht nicht mit elektrischer Energie fahren. Daher fordern wir diesen notwendigen verbindlichen CO₂-Grenzwertausstoß für Lkws, der von unabhängigen wissenschaftlichen Institutionen ermittelt wird, bis 2015 einzuführen. Weiter fordern wir ab 2015 eine Mautgebühr für LKWs die sich nicht nach der Achszahl und dem Gewicht richtet, sondern an den CO₂-Mehrausstoß gegenüber dem von uns geforderten Grenzwert.

Unsere Forderungen für die Bildungslandschaft

Alle genannten Maßnahmen sind sinnlos, wenn ein verstärkt ökologisches Denken & Handeln, nicht in den Köpfen der heranwachsenden Generation ankommt. Hier reicht es nicht aus allein finanzielle Anreize und ressourcenschonende Gesetze zu schaffen! Deshalb fordern wir zusätzlich für die Ausbildung junger Menschen an Schulen & Hochschulen:

1.

Die Vermittlung von Umweltbewusstsein muss so früh wie möglich im Schulalltag etabliert sein. Dabei reicht es nicht aus, Probleme der Rohstoffversorgung, das verantwortungsbewusste Umgehen mit Rohstoffen und eine energieeffiziente – ökologische - Lebensweise am Rande von bereits bestehenden Fächern anzureißen. Das Vermitteln dieser wichtigen Inhalte soll in Zukunft fest in den Lehrplan der Fächer wie Biologie, Chemie oder den Sozialwissenschaften enthalten sein!

2.

Eine weitere zentrale Rolle kommt den Hochschulen als Forschungs- und (!) Lehrinstitutionen zu. Ökologisch-innovative Studiengänge oder Fachrichtungen wie Umweltmanagement, Georessourcenmanagement, Energietechnik um nur wenige zu nennen, müssen personell und finanziell so ausgestattet sein, dass mit einer Zunahme der Entwicklung in den oben beschriebenen Gebieten auch in Zukunft zu rechnen ist.

Unser Ziel ist es, den Wissensstand in diesen Fachgebieten immer weiter auszubauen, innovativ zu denken und stets dabei die eigene Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen nicht zu missachten! Unser Ziel ist es Deutschland zu einem sozial-ökologischen Wirtschaftsstandort orientiert an den Prinzipien der Nachhaltigkeit zu machen!

Beschluss 3 Das Desaster von Kopenhagen – Wie weiter in der internationalen Klimapolitik?

Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress

Vom 7. bis zum 18. Dezember 2009 fand in Kopenhagen die 15. Klimakonferenz der Vertragsstaaten der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) statt. Bestandteil des Zusammentreffens war unter anderem die Notwendigkeit zum Beschluss eines Kyoto-Folgeabkommens. Das Kyoto-Protokoll ist das internationale Übereinkommen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen und zum Umgang mit dem Klimawandel. Die diversen Mechanismen des Kyoto-Prozesses, wie beispielsweise der Emissionszertifikat-handel oder die Förderung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern (CDMs), gelten derzeit nur für den Zeitraum von 2008 bis 2012.

Das Ergebnis der Konferenz von Kopenhagen ist, trotz aller Relativierungsversuche von Seiten der schwarz-gelben Bundesregierung und auch von UN-VertreterInnen, desaströs. Das erzielte Minimalergebnis ist äußerst unbefriedigend und ernüchternd. Dieser Meinung schließen sich auch zahlreiche NGOs (bspw. Germanwatch, Greenpeace, NABU) an. Nach dem Wiedereintritt der USA in die Verhandlungen wurden an die Konferenz große Erwartungen geknüpft. Diese haben sich leider nicht erfüllt. Die Chance auf ein neues internationales Klimaschutzabkommen wurde vorerst vertan, in erster Linie weil die USA und China auf vielfältige Art und Weise blockiert haben. Zusätzlich hat die Weltwirtschaftskrise und die daraus resultierenden ökonomischen Verwerfungen bei vielen Akteuren dazu geführt, dass wieder das althergebrachte Denkmuster Klimaschutz = wirtschaftsfeindlich grassierte. Die vom Ökonomen Stern 2006 bewiesene Feststellung das entschiedene Treibhausgasreduktionen auf lange Sicht ökonomisch günstiger sind, als die Klimafolgekosten zu tragen, war anscheinend wieder aus den Köpfen der Staats- und Regierungschefs verfliegen.

Notwendig ist ein solches internationales Klimaschutzabkommen aufgrund der globalen, klimatologischen Veränderungen, die zuletzt der Bericht des Weltklimarats

(Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC) im Jahr 2007 prognostiziert hat. Wissenschaftlicher Konsens ist demnach, dass die Konzentration von Treibhausgasen in der Erdatmosphäre durch den Einfluss des Menschen in den letzten Jahrzehnten dramatisch angestiegen ist. Diese Veränderungen in der Erdatmosphäre führen zu einer Erwärmung der Erde, dem sogenannten anthropogenen Treibhauseffekt. Als Konsequenz dieser Entwicklung wird von einer Zunahme der Oberflächentemperatur und einem Anstieg des Meeresspiegels ausgegangen. Diese gravierenden Veränderungen werden in verschiedenen Szenarien zusammengefasst, die auch das Gefährdungspotential für die diversen Regionen der Welt vorhersagen. Demnach werden wir im Verlaufe dieses Jahrhunderts verstärkt extreme Wetterereignisse (wie Hitzewellen, Stürme, massive Niederschläge) und die daraus resultierenden Konsequenzen wie Überschwemmungen, Desertifikation und Waldbrände erleben. Darüber hinaus gefährdet der Klimawandel diverse Ökosysteme weltweit wie beispielsweise Korallenriffe, Regenwälder, Arktis und Antarktis sowie die subpolaren Regionen der nördlichen Halbkugel. Um diese Entwicklungen begrenzen zu können (eine Verhinderung ist aufgrund der 150-jährigen Industrialisierung nicht mehr möglich) bedarf es einer Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf maximal +2 Grad Celsius.

Als Konsequenz aus diesen Veränderungen unseres natürlichen Lebensraums wird es zunehmend zu klimabedingten Katastrophen und den Verlust von Menschenleben kommen. Zusätzlich verstärken sich die Wanderungsbewegungen der Menschen in den bedrohten Weltregionen hin zu den vergleichsweise sicheren Ländern. Bereits jetzt planen ganze Inselstaaten im Südpazifik die Umsiedlung ihrer gesamten Bevölkerung – in diesem Fall entweder auf höher gelegene Inseln oder nach Australien. Auch für Europa werden, besonders aus dem Gebiet der Sahelzone massive Flüchtlingsströme erwartet. Um mit diesen gewaltigen ökologischen und sozialen Konsequenzen umgehen zu können bedarf es zwingend einer international koordinierten Vorgehensweise.

Den westlichen Industrieländern und Japan kommt hierbei die primäre Reduktionsverantwortung zu, weil diese den Klimawandel maßgeblich verursacht haben. Erst in den letzten Jahren erreichten Schwellenländer wie China bei ihrem gesamtwirtschaftlichen Treibhausgasausstoß ähnliche Werte wie bspw. die USA. Relevanter sind jedoch die pro Kopf-Emissionen der einzelnen Länder. Derzeit verursacht jeder Mensch aus den USA ca. 23,55 t CO₂ pro Kopf und Jahr, aus Deutschland ca. 12,3 t, aus China ca. 3,1 t (IPCC 2007) und für den größten Teil Afrikas liegt dieser bei unter 1 Tonne pro Jahr. Laut den Erkenntnissen der Wissenschaft ist jedoch ein maximaler Treibhausgasausstoß von 2 t pro Kopf und Jahr (bei steigender Weltbevölkerung) für das Klima verträglich (IPCC 2007).

Hieraus ergibt sich eine gewaltige Herausforderung für die globale Gerechtigkeit. Es muss parallel sichergestellt werden, dass sich alle Länder der Welt und gerade die Entwicklungsländer schnell und nachhaltig wirtschaftlich entwickeln können. Gleichzeitig sollte idealerweise der Treibhausgasausstoß dieser Ländern nicht im selben Maße anwachsen, wie dies bei der Industrialisierung der westlichen Welt geschehen ist. Außerdem müssen die Industrieländer des Westens den Versuch unternehmen, ihre Treibhausgasemissionen drastisch zu senken ohne das dafür gewichtige Abstriche beim Lebensstandard gemacht werden müssen. Für die Frage der globalen Gerechtigkeit ist außerdem entscheidend, ob die westlichen Industrieländer gewillt sind für die Klimafolgekosten Verantwortung zu übernehmen. Als Hauptverursacher des Klimawandels bis dato werden sie die geringsten Auswirkungen zu erleiden haben und haben sowieso auch die Finanzmittel um sich auf eine veränderliche Umwelt einzustellen (Deichbau, Klimatechnologien, Hausbau, etc.). Die Entwicklungs- und Schwellenländer, besonders der Äquatorregion, haben am wenigsten zum Klimawandel beigetragen, haben die schwersten Folgen zu erwarten und gleichzeitig die geringsten Finanzmittel um auf die bevorstehenden Entwicklungen reagieren zu können.

Aus diesem Grund bedarf es einer globalen Zusammenarbeit die den Namen auch verdient und sich im Gedanken der internationalen Solidarität vollzieht. Das Kyoto-Protokoll stellte einen ersten Schritt in dieser Entwicklung dar, ist jedoch nicht frei von Fehlern und die enthaltenen Verpflichtungen sind alles andere als radikal. Nach derzeitigem Stand der Dinge werden zahlreiche Länder wie bspw. Kanada, Japan, Spanien, Österreich und Australien ihre Reduktionsziele deutlich verfehlen. Die USA, als bis vor kurzem größter Treibhausgasemittent der Welt, haben während der Amtszeit von George W. Bush das Kyoto-Protokoll erst gar nicht ratifiziert und sich am Gesamtprozess nicht mehr beteiligt.

Im Rahmen des Kyoto-Protokolls haben sich die partizipierenden Industrieländer verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2012 um 5,2 Prozent unter den Referenzwert von 1990 zu reduzieren. Europaweit müssen die Emissionen um 8 Prozent sinken und Deutschland zählt mit einem Reduktionsziel von 21 Prozent zu den Vorreitern. Dieser Wert wurde – begünstigt durch das Negativwachstum im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise – 2009 erstmals erreicht bzw. sogar überschritten. Dies ist ein großer Erfolg der rot-grünen Politik von 1998 bis 2005 und ein ebenso großer Erfolg für die SPD in der großen Koalition.

Seitdem das Kyoto-Protokoll am 16. Februar 2005 in Kraft getreten ist, konnten jedoch weder die Klimakonferenz in Bali 2007, noch die letzte Konferenz in Kopenhagen 2009 substan-

tielle Fortschritte auf dem Weg zu einem Kyoto-Folgeabkommen erreichen. Die sogenannten „Copenhagen Accords“ (eine unverbindliche, politische Schlusserklärung) wurde von der Konferenz lediglich „zur Kenntnis“ genommen. Enthalten sind die Feststellung, dass die Erderwärmung bis 2050 auf maximal 2 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit begrenzt werden muss und die Zusage, dass die Entwicklungsländer von den Industrieländern Finanzhilfe zum Umgang mit den Klimafolgen erhalten. Wie erwähnt: alles unverbindlich. Das hatte bereits den „Vorteil“, dass Angela Merkel von den ursprünglich zugesagten 420 Millionen Euro für Klimafolgekosten in Entwicklungsländern jetzt erst mal nur 70 Millionen überweist. Ein klarer Bruch ihres eigenen, international abgegeben Versprechens, die Demaskierung der „Klima-Kanzlerin“ und eine Schande für Deutschland auf globaler Ebene!

Das Hauptziel der Konferenz, nämlich die verbindliche Festlegung individueller Treibhausgasreduktionsziele für alle Länder, wurde nicht erreicht. Was also sind nach der Ernüchterung von Kopenhagen die notwendigen Schritte und Ziele um in der Klimapolitik wieder voran zu kommen? Die grundsätzlichen Anforderungen und Erkenntnisse bleiben bestehen:

- Die internationale Staatengemeinschaft kann nur als Ganzes der Jahrtausendherausforderung des globalen Klimawandels entgegentreten. Für ein globales Problem braucht es globale Lösungen.
- Auf der 16. Conference of the Parties, also der nächsten UN-Klimakonferenz (in Cancun, Mexiko) muss erneut versucht werden ein Kyoto-Folgeabkommen mit verbindlichen Treibhausgasreduktionszielen zu verabschieden.
- Parallel zu den Entwicklungen auf globaler Ebene muss auf supranationaler (EU), nationaler und kommunaler Ebene weiter für einen bestmöglichen Klimaschutz gearbeitet werden. Nur weil es kein internationales Abkommen gibt, verschwinden die gewaltigen Herausforderungen und Aufgaben nicht was andere Handlungsebenen nötig macht.
- Die Verpflichtung zur Armutsbeseitigung, Förderung der Gleichberechtigung und Durchsetzung einer nachhaltigen Entwicklung bei gleichzeitiger Emissionsreduzierung erfordert konkrete Schritte zur stärkeren Einbeziehung einer sozialen Dimension während der Implementierungsphase von wirtschaftlichen Instrumenten für umweltverträgliche Entwicklung (CDM), Gemeinsame Umsetzung (JI) und Emissionshandel (ETS).

Basierend auf diesen Erkenntnissen und Annahmen fordern die Jusos die SPD und alle ihre verantwortlichen VertreterInnen auf:

- mit aller Kraft auf das Zustandekommen eines Kyoto-Folgeabkommens mit verbindlichen Treibhausgasreduktionszielen hinzuwirken; bis 2020 muss der Treibhausgasausstoß aller Industrieländer um 30 Prozent sinken
- die Position der Bundesrepublik Deutschland dahingehend zu verstehen, dass wir weiterhin eine weltweite Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen und das parteiinterne Ziel einer 40%-igen Reduktion bis 2020 zur allgemeingültigen Zielvorstellung ohne Hintertür in Deutschland wird
- in Zusammenarbeit mit der EU und den weiteren Industrieländern eine gangbare Lösung zur Einbeziehung der Entwicklungs- und Schwellenländer bei den Treibhausgasreduktionen und dem Emissionszertifikathandel zu sorgen; dabei sollten die Industrieländer mit gutem Beispiel vorangehen und ihrer Verantwortung durch proportional weitaus größere Reduktionen gerecht werden
- für das Ziel einer Treibhausgasreduktion um mindestens 80% bis 2050 für die Industrieländer einzutreten
- darauf hinzuwirken, dass zukünftig als entscheidender Maßstab der pro Kopf Treibhausgasausstoß der Bevölkerung gewählt wird; Ziel muss sein, diesen Ausstoß bis 2050 auf 2 t pro Kopf und Jahr zu begrenzen
- für die bessere Finanzausstattung des Klimafolgenfonds zu werben und selbst größere Finanzmittel zur Verfügung zu stellen
- den Emissionszertifikathandel schnellstmöglich zu einem funktionierenden Mechanismus zu machen und die Versteigerung der Zertifikate signifikant zu beschleunigen
- auf EU-, nationaler und kommunaler Ebene alle sinnvollen Maßnahmen zum Klimaschutz voranzutreiben auch wenn es auf internationaler Ebene nicht zu einer Einigung kommt
- weiterhin die Steigerung der Energieeffizienz und die Energiewende hin zu erneuerbaren Energie zu fördern
- als deutliches Zeichen für Deutschlands Bekenntnis zum Klimaschutz, sollte die SPD darauf hinarbeiten das folgende Satz in Art. 20 a des Grundgesetzes aufgenommen wird: "Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen beinhaltet in besonderem Maße auch den Schutz des Klimas als Grundvoraussetzung für alles menschliche, tierische und pflanzliche Leben auf unserem Planeten."

- sich für die Einbeziehung von Armutsbeseitigung und Schaffung guter Arbeitsplätze in Strategien zur Anpassung an den Klimawandel einzusetzen. Hierzu gehören die Einhaltung der Menschen- und Arbeitsrechte, menschenwürdige Arbeit, soziale Sicherung, Bildung, Zugang zu Gesundheitsdiensten und die gerechte Verteilung von Gewinnen und Lasten.
- beim globalen Klimaschutz vor allem auch dafür zu sorgen, dass die soziale Verantwortung wahrgenommen wird. Die Klimarahmenkonvention hat auch im Hinblick auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel ein eindeutiges Mandat. Denn Umweltpolitik ist gerade erst aus der soziale Verantwortung heraus geboren worden.

Beschluss 4 Die Juso-SchülerInnen stärken. Selbstständig und Teil des Verbandes.

Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress

Schule und Ausbildung sind ein wichtiger Bestandteil im Leben eines jeden jungen Menschen.

Neben den Juso-Hochschulgruppen sind die Juso-SchülerInnen für viele Jugendliche daher erster Berührungspunkt mit den Jusos.

Wer nah an der Jugend sein will, muss deshalb den Kontakt mit ihr suchen. Dafür sind stabile SchülerInnen-Strukturen unerlässlich. Sie als Netzwerkstelle zu organisieren führt dazu, dass sich die SchülerInnen vor Ort vom Juso-Bundesverband nicht ernst genommen fühlen. Ohne selbst-organisierte SchülerInnen-Arbeit auf Bundesebene können daher keine flächendeckenden Strukturen sowohl auf Bundesebene, als auch in den Landes- und Bezirksverbänden entstehen.

Nah bei den Bildungstreikenden zu sein, Ansprechpartner für die Landes-SchülerInnen-Vertretungen zu sein, das sind die Grundlagen für eine gute Anbindung der Jusos an die Jugend, an die Schülerinnen und Schüler.

Viele Jugendliche fühlen sich durch Mittzwanziger oder ältere oftmals nicht ausreichend vertreten, sie haben andere Probleme als diese.

Während es in einigen Landesverbänden und Bezirken funktionierende SchülerInnen-Gruppen gibt, scheint es in anderen Landesverbänden und Bezirken unmöglich, solche einzurichten. Dies gilt auch für die Bundesebene.

Um die Jugendlichen zu erreichen, muss man die Lebenswirklichkeiten und Probleme von jungen Jugendlichen und SchülerInnen kennen und einschätzen können.

Dies können junge Jugendliche und SchülerInnen weitaus besser, als es Mittzwanziger und ältere einfach durch ihre andere Lebensrealität vermögen.

SchülerInnen kennen die Probleme der Jugendlichen und setzen daher andere Themen, die auch wirklich an der Lebenswirklichkeit von SchülerInnen orientiert sind.

Zielgruppenorientierte Arbeit kann am besten von der Zielgruppe selbst organisiert werden.

Die Einrichtung von SchülerInnen-Strukturen ist aber nicht nur eine Angelegenheit der Jugendnähe außerhalb des Verbandes, sondern auch eine innerverbandliche Angelegenheit.

SchülerInnen und junge Jugendliche haben andere Interessen und Schwerpunkte als Studierende oder Mittzwanziger und Ältere.

Daher ist die Einbindung von SchülerInnen in den Verband oftmals schwierig – junge Jugendliche werden abgeschreckt. Die soziale Hürde, durch den Altersunterschied bedingt, ist immens hoch.

Durch SchülerInnen-Strukturen gibt es einen Ansatzpunkt von einigermaßen gleichaltrigen Jugendlichen.

Hier können sich SchülerInnen vernetzen und zusammenfinden. Sie haben eine Gruppe, in die sie sich leichter einbringen können, da die Überwindung der inneren Hemmschwelle nicht so groß ist.

Der Bundesvorstand wird daher aufgefordert, die Grundlage für den Aufbau einer selbstorganisierten SchülerInnen-Struktur zu schaffen.

Zu einer solchen Struktur gehört vor allem ein einmal pro Jahr stattfindender Kongress, der neben dem Erarbeiten von Positionen und der inhaltlichen Gestaltung von SchülerInnen-Arbeit auch ein Koordinierungsteam wählt.

Ohne selbstgewählte Koordination kann es keine selbstständigen und selbst-organisierten Strukturen geben.

Ziel und Aufgabe der Koordination soll es sein, in allen Landesverbänden und Bezirken SchülerInnen-Strukturen aufzubauen und zu etablieren. Auch soll sie diesen beratend zur Seite stehen und die Arbeit in den Landesverbänden und Bezirken unterstützen und begleiten, sowie koordinieren und für einen Austausch zwischen den verschiedenen Strukturen sorgen.

Des Weiteren soll sie die Vertretung der Juso-SchülerInnen beim Bundesverband sein.

Um eine funktionierende Arbeit zu ermöglichen, müssen die Juso-SchülerInnen in den Bundesverband eingebunden werden.

Hierzu ist es nötig, dass die Koordination auch in die Arbeit des Bundesvorstandes eingebunden wird.

Daher wird der Bundesvorstand aufgefordert, die oder den KoordinatorIn in den Bundesvorstand zu kooptieren. Durch die Kooptation wird gezeigt, dass SchülerInnen-Arbeit als wichtig empfunden und entsprechend wertgeschätzt wird.

Für die funktionierende Arbeit ist es auch notwendig, dass die Kommunikation innerhalb der Koordination nicht nur auf die Telekommunikation beschränkt wird.

Wir, die Jusos, wollen flächendeckende Strukturen der Juso-SchülerInnen ermöglichen und unterstützen, wo wir können.

Daher werden wir uns neben dem Engagement zur Einrichtung der Juso-SchülerInnen-Strukturen auf Bundesebene auch für die Einrichtung der Juso-SchülerInnen-Strukturen in den Landesverbänden und Bezirken einsetzen, denn eine funktionierende SchülerInnen-Arbeit ist genau so wichtig für den Verband, wie es die Arbeit der Juso-Hochschulgruppen als zielgruppenorientierte Arbeit ist.

Beschluss W 2 Weil Menschen mehr als Zahlen sind: Noten abschaffen!

Die aktuelle Art der Benotung dient nicht der ehrlichen Rückmeldung.

Die Verwendung von Ziffer-Noten als Bewertungskriterium dient lediglich der Vereinheitlichung und dem Vergleich zwischen unterschiedlichen SchülerInnen.

Es ist die Instrumentalisierung zur wirtschaftlichen Verwertbarkeit von Schulbildung.

Der Zusammenhang zwischen dem Leistungsdenken der Wirtschaft, also dem kapitalistischen Denken und der Verwertbarkeit von Bildung ist hier nicht zu übersehen.

Wir NRW-Jusos lehnen dies ab.

Neben dem Leistungsdruck der hierdurch erzeugt wird, werden Ziffer-Noten oftmals als Druckmittel von LehrerInnen gegenüber SchülerInnen benutzt.

Unbequemen SchülerInnen wird gedroht, Querdenker „weggefünft“; LehrerInnen nehmen so ihre Rolle als PädagogInnen nicht wahr, sondern nutzen Noten als Repressionssystem, um sich nicht mit den Menschen auseinandersetzen zu müssen.

Deshalb fordern wir die Abschaffung der Verwendung dieses Bewertungssystems, also die Abschaffung der Noten in Ziffernform. Statt diesem wettbewerbsorientierten System, fordern wir eine neue Feedback-Kultur. Diese neue Form der Rückmeldung muss sich nach mehreren Aspekten richten und an ihnen orientiert sein:

- Sie muss eine **permanente Rückmeldung** geben.

Nur durch einen konstanten Verständigungsablauf zwischen LehrerInnen und SchülerInnen kann das individuelle Potenzial einer/eines jeden vollständig ausgeschöpft werden. Wir fordern dazu auf, nicht nur kurz vor den Zeugnisausgaben über den Lernprozess zu berichten, sondern in regelmäßigen Abläufen. So sind sich die SchülerInnen zu jedem Zeitpunkt im Klaren darüber wo ihre Stärken liegen, wie sie diese ausbauen können und inwiefern sie sich weiterentwickelt haben bzw. noch weiterentwickeln können. Gleichzeitig bietet es eine gute Diskussionsebene zwischen SchülerInnen und LehrerInnen. So kommt es im Nachhinein zu weniger Unstimmigkeiten.

- Sie muss **positiv Orientiert** sein.

SchülerInnen andauernd auf ihre Defizite zu beschränken, indem mensch sie vor allem auf ihre vermeintlichen Schwächen verweist, ist kontraproduktiv, da viele aus diesem Grund ihre Motivation verlieren und sich selber als minderwertig wahrnehmen. Anstatt individuelle Stärken zu fördern und so die oft versteckten Talente hervorzubringen, werden im heutigen Schulsystem Menschen abgewertet. Leistung wird per „Knopfdruck“ abgerufen. Dies führt oft zu zweckgebundenem auswendig Lernen, sogenanntem „Bulimie-Lernen“, welchem sich die SchülerInnen gezwungenermaßen ergeben müssen, da nur so die von ihnen erwarteten Noten erreicht werden können. In einem System ohne Noten sollen die Stärken und die Weiterentwicklung des Individuums im Vordergrund stehen. So werden nicht nur mehr „Lernerfolge“ verbucht, sondern auch viele vor falschen pädagogischen Maßnahmen bewahrt.

- Sie muss **individuell** betrachten und auf **jedeN einzeln** eingehen.

Eines der wohl bedeutendsten Merkmale unseres idealen Schulsystems stellt die individuelle Entfaltung jeder/jedes Einzelnen dar. Dafür ist es dringend erforderlich, dass LehrerInnen auch auf die persönlichen Bedürfnisse ihrer SchülerInnen eingehen. Wir lassen es nicht zu, dass durch Ziffernoten ganze Leben vorbestimmt sind. Wir möchten, dass SchülerInnen am Ende des Halbjahres nicht die typischen Zeugnisse, wie wir sie kennen ausgeteilt bekommen, sondern fordern, jeder und jedem einen ausführlichen Bericht über die Leistungen und Entwicklungsprozesse vorzulegen.

- Sie muss **fachspezifisch und inhaltsorientiert** erfolgen.

Mit Ziffernoten kann mensch nicht ausdrücken, wo die Stärken und Schwächen eines Menschen im jeweiligen Fach liegen. So werden SchülerInnen oft mit schlechten Noten abgestraft, obwohl sie in einigen Bereichen dieses Faches glänzen können. Das von uns geforderte System hebt diesen erheblichen Fehler auf. Nur so ist es möglich, auch fachspezifisch auf die einzelnen Persönlichkeiten einzugehen und zu informieren.

Für uns, die NRW-Jusos, ist dies die Grundlage für ein System der Rückmeldungen, in dem jede und jeder einzelne SchülerIn individuell, auch fachspezifisch, gerecht und motivationsfördernd bewertet wird.

Diese Form der Rückmeldungen ist die Grundlage und der Rahmen für einen guten Lernprozess. Nur so kann gewährleistet werden, dass SchülerInnen frei und ohne Leistungsdruck optimal lernen.

**Beschluss W5 Moderne ökologische Industrie- und Energiepolitik:
CO₂ –Vermeidung sinnvoll ausgestalten!**

Deutschland hat sich als Wegbereiter für den Klimaschutz richtigerweise ehrgeizige Ziele gesetzt: Bis 2020 sollen die Energieproduktivität gegenüber 1990 verdoppelt und die CO₂-Emissionen um bis zu 40% gesenkt werden. Diese Ziele erfordern eine Intensivierung der Bemühungen in allen dafür erforderlichen Bereichen und sollten am besten noch übertroffen werden. Eine besondere Rolle kommt dabei neben der Energiebranche der Chemie als Querschnitts- und Basisindustrie zu. So wie die Energieindustrie eine Umstellung der Energieerzeugung hin zu regenerativen Energiequellen und Konzepte zur Energieeinsparung gewährleisten muss, muss auch die chemische Industrie mit ihrer Forschungs- und Innovationskraft in vielen Branchen einen herausragenden Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels leisten. NRW ist hierbei als zentraler Standort der chemischen Industrie von essentieller Bedeutung und hat eine Vorbild- und Vorreiterfunktion. Langfristszenarien über die zukünftige Entwicklung des Energiesystems zeigen zudem, dass der Übergang in eine klimaverträgliche Energieversorgung stark zu Lasten des Energieträgers Kohle geht. In diesem Kontext kommt NRW ebenfalls eine besondere Rolle zu.

Verglichen mit 1991 werden heute ein Viertel weniger Rohstoffe je Einheit Bruttoinlandsprodukt eingesetzt und damit deutlich weniger Treibhausgase je Einheit emittiert. Aber wir müssen die Anstrengungen zur Erhöhung der Ressourcen- und Energieeffizienz in Industrie und Wirtschaft weiter intensivieren. Ziel muss sein, die Emissionen von Treibhausgasen erheblich zu reduzieren.

Auch wenn es unser Ziel ist, die Emission von CO₂ weiter zu senken, werden die Industrie und die Energieerzeugung aber langfristig nicht ohne CO₂-Ausstoß auskommen. Deshalb gilt es, vernünftige und nachhaltige Methoden zu entwickeln, um diesem Problem zu begegnen. Wir fordern deshalb, in diesem Bereich Forschungs- und Entwicklungsprogramme weiter zu führen und auszubauen.

Zusätzlich müssen durch finanzielle Anreize einerseits und gesetzliche Regelungen anderer-

seits günstigere Bedingungen zur Investition in Ressourcen schonende und energieeffiziente Methoden zur CO₂-Vermeidung geschaffen werden.

Für uns Jusos kann die CO₂-Sequestrierung dafür keine Lösung sein. Dies hat mehrere Gründe.

Die Abtrennung von CO₂ aus Rauchgasen konventioneller Kraftwerke führt zu einer signifikanten Erhöhung der Stromproduktionskosten, verursacht zusätzlichen Brennstoffverbrauch und senkt substantiell den Kraftwerkwirkungsgrad. Im kommerziellen Kraftwerksmaßstab ist diese Methode ökonomisch und ökologisch nicht darstellbar. Die Technik zur Abtrennung vor Verbrennung ist zwar die im Verhältnis zur Post Combustion-Methode günstigere Alternative, aber bei derzeitigem Stand der Technik für Kraftwerke üblicher Größe nicht verfügbar. Das Oxyfuel-Verfahren, d.h. die Verbrennung mit reinem Sauerstoff, befindet sich derzeit noch in der Demonstrationsphase und kann als Alternative bis 2020 nicht real in Betracht gezogen werden.

Hinzu kommt, dass die CO₂-Sequestrierung, im Verhältnis zur Förderung und zum Ausbau von erneuerbaren Energien, die teurere Variante bleibt. Ausgehend von derzeitigen Standards, ist für die Abtrennung mit Kosten zwischen 35 und 50 Euro pro Tonne CO₂ zu rechnen. Dem sind die erheblichen Kosten für den Transport des abgeschiedenen CO₂ hinzu zu rechnen, die bei 10 Prozent Kostenanteil für die gesamte CCS-Prozesskette veranschlagt werden müssen.

Ähnlich wie beim Atommüll, stellt sich auch für das abgeschiedene CO₂, die Endlagerung als Problem dar. Globale Schätzungen zeigen, dass die Potentiale für Endlager zwar beachtlich sind, ein dauerhafter Beitrag zur Lösung des Klimaproblems aber mit Sicherheit nicht zu erreichen ist. Zumindest für Deutschland ist die statistische Reichweite der Lagerungspotentiale auf 30-50 Jahre begrenzt. Zudem liegen keine hinreichenden Erkenntnisse über das Verhalten von CO₂ in Untergrundspeichern vor. Die verschiedenen Speicheroptionen unterscheiden sich zum Teil erheblich in Bezug auf ökologische und sicherheitstechnische Aspekte. Keine jedoch mit einem zufriedenstellenden Urteil. Kernargument bleibt aber der ökonomische Vergleich von CCS und erneuerbaren Energietechnologien. Einer konkurrenzfähigen Einführung kommerzieller CCS-Technologie im Jahre 2020 steht eine Reihe von erneuerbaren Energietechnologien zu vergleichbaren oder günstigeren Konditionen zur Verfügung.

Diese kommen zudem ohne fossile Brennstoffträger aus. In allen Wirkungsgraden schneiden EEG-Kraftwerke deutlich besser ab. Mit Erdgas-GuD- (in Kombination mit KWK) und BH-

Kraftwerken sind bereits Technologien im Einsatz, die schon jetzt so umweltfreundlich sind, wie es mit den CCS-Kraftwerken in 2020 erreicht werden soll. Für die 2020 auslaufende Welle des ersten Kraftwerkerneuerungsplans, kommt die kommerzielle CCS-Technologie ohnehin zu spät. Setzt man dagegen politisch konsequent auf erneuerbare Energien, kann die Umsetzung der Energieeinsparpotentiale bei gleichzeitigem Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich schneller Beiträge zum Klimaschutz leisten als CCS. Die NATP-Strategie ist mittel- und langfristig die volkswirtschaftlich günstigere Strategie. Auf CCS kann damit verzichtet werden.

Additiv dazu halten wir es für sinnvoll, neue Ideen zur CO₂ Nutzung als Alternative zur Einlagerung zu entwickeln. Hier gibt es aber einen erheblichen Forschungsbedarf. Besonders interessant dürfte dabei die Wasserstoffbereitstellung sein, da perspektivisch eine Ergänzung von Biokraftstoffen im Verkehrssektor denkbar ist. Für NRW ist wichtig, z. B. neben der energieproduzierenden Industrie insbesondere die chemische Industrie auf diesem Weg einzubinden. Gerade die chemische Industrie steht am Beginn von weit verzweigten Wertschöpfungsketten. Die durch eine effizientere Produktion erzielbaren Effekte wirken sich auf alle anschließenden Produktionsverfahren und Produkte aus. Die Nutzung von CO₂ als Kohlenstoff-Baustein für chemische Produkte, zur Erweiterung der Rohstoffbasis und Verringerung der Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas ist aus unserer Sicht ebenso unerlässlich.

NRW ist Energie- und Industrieland. Damit wir den notwendigen ökologischen Wandel der Industriezweige vorantreiben können, müssen wir zu einer Kombination von unterschiedlichen Maßnahmen kommen. Hierbei sehen wir durch den ökologischen Wandel keine ökonomische Gefahr für die Industrie und die Arbeitsplätze, sondern sehen vielmehr hervorragenden Entwicklungs- und Jobchancen in vielfältigen Industrie- und Technologienetzwerken.

Deshalb fordern wir Jusos unter Einbindung der gesetzgeberischen Kompetenz von Bund und regulatorischer Verantwortung der EU zur Begleitung unserer bereits beschlossenen ökologischen Forderungen zur CO₂-Vermeidung, zum Klimawandel und Energieherstellung (alternative und regenerative Energiequellennutzung):

- verstärkte Forschungs- und Entwicklungsprogramme, Investitionsprogramme zur Einführung von Technologien und Prozessen zur Vermeidung und Verringerung des CO₂ Ausstoßes
- klare und strikte gesetzliche Vorgaben für alle betroffenen Branchen.
- Maßnahmen zur Unterstützung der Industrie zur Entwicklung innovativer Prozessketten zur Wiederverwendung des ausgestoßenen CO₂'s.

- Unterstützung der Branchen beim ökologischen Wandel und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.
- Abkehr vom Gedanken der CO₂-Sequestrierung zu Gunsten des Ausbaus erneuerbarer Energietechnologien

Antrag W 8 Raucherclubs gefährden die Gesundheit!
Für eine konsequente Gewährleistung des Nichtraucherschutzes

Weiterleitung an den Landesparteitag der NRWSPD

Um den Nichtraucherschutz in Kneipen, Gaststätten und Restaurants konsequent zu gewährleisten, ist eine Gesetzesänderung herzustellen, die Ausnahmen in Form von „Raucherclubs“ und abgetrennten Raucherbereichen verbietet. Ausnahmeregelungen sind abzuschaffen. §§ 3 Abs. 2, 7 NiSchG NRW sind entsprechend zu streichen. Den Ordnungsämtern soll die Pflicht regelmäßiger unangekündigter Kontrollen auferlegt werden. An den Kosten, die den örtlichen Ordnungsbehörden im Rahmen dieser Kontrollen entstehen, möge das Bundesland sich zur Hälfte beteiligen (§ 6 Abs. 3 ist dementsprechend zu ergänzen).

Die vom Gesetzgeber eingeräumten Ausnahmeregelungen haben sich nicht bewährt, da sie zu einer Umgehung des Gesetzes geführt und dieses schließlich obsolet gemacht haben. Deshalb ist § 4 Abs. 1 zu streichen und durch „In Gaststätten gilt Rauchverbot“ zu ersetzen. § 4 Abs. 2 ist ersatzlos zu streichen. Auch das Rauchen in Festzelten und an Brauchtumstagen ist zu untersagen und entsprechend im Gesetzestext festzuhalten (§ 3 Abs. 3 a,b).

**Antrag W 13 WIDER DER NATIONALEN DENKE –
FÜR EINE VIELFÄLTIGE UND SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT**

Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress

Eine neue Debatte muss aufbrechen

In den letzten Jahren ist ein Nationalgefühl in Deutschland aufgekommen, das in einer solchen Form in der bisherigen bundesdeutschen Geschichte nicht zu beobachten war. Zwar ist der deutsche Patriotismus gering ausgeprägt im Vergleich zu anderen, dennoch begegnen einem Nationalstolz und „Schwarz-Rot-Geil“ immer häufiger in Deutschland. Die Geschichte Deutschlands mit ihren unbeschreibbaren Gräueltaten hat die Generation des Nachkriegsdeutschlands gezeichnet und ein deutsches Nationalgefühl als nicht diskutabel geprägt. Dies bricht immer weiter auf, eine Generation wächst heran, die die Verbrechen des Dritten Reiches und ihre Auswirkungen nicht mehr direkt erleben musste. Auch das Echo dieser Zeit verhallt, da die Generation der nachkriegsbewegten PazifistInnen, deren persönlicher und biographischer Antrieb in der Aussage „Nie wieder Krieg“ zu finden ist, verstirbt.

Dieses Jahr ist wieder die Fußballweltmeisterschaft. Im letzten Jahr feierten wir Graf Stauffenberg und Hermann den Cherusker. Mit dem Aufkommen eines nationalen Stolzes ging bis dato keine kritische Analyse dieser Erscheinung einher oder zumindest nur in einem unverhältnismäßig geringem Umfang. Es besteht die Gefahr, dass der Stolz auf sein Land ohne dies differenziert zu hinterfragen, einfach adaptiert wird. Welche Gefahren birgt dies? Uns Jusos ist es wichtig, diesen Prozess nicht einfach passieren zu lassen, sondern genau diese kritische Hinterfragung in der Gesellschaft, in unserer Partei und bei uns selbst anzustoßen. Dabei wollen wir eine Diskussion führen, in der nicht Polemik den Ton angibt, sondern in der reflektiert und respektvoll argumentiert wird.

Die Mahnung der Vergangenheit

Die geringe Ausprägung des nationalen Stolzes in Deutschland ist dabei kein historischer Zufall sondern vielmehr eine nachvollziehbare Konsequenz aus der geschichtswissenschaftlichen und biographischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Der nationale Stolz war kein Beiklang der Nazi-Ideologie, er war ein zentraler Bestandteil.

Deutsch-sein hatte hier in seinem direkten Umkehrschluss das nicht-deutsch-sein zur Folge. Die NationalsozialistInnen unter Hitler stellten „Deutsche“ in ihrer Wertigkeit über „Nicht-Deutsche“, die nach der Nazi-Ideologie weniger Wert waren und in der Konkurrenz um Lebensgüter mit der „deutschen Rasse“ standen. Diese menschenverachtende Ansichtswiese verwandte das Naziregime zur Legitimation des Expansionskrieges, der Ostfeldzüge und der Ausbeutung der besetzten Ostgebiete, der Zwangsarbeit der nach Nazi-Ideologie nicht arischen Menschen sowie der massenhafte Mord an ihnen.

Da die Propaganda und das Überheben des Deutsch-Seins einen treibenden Motor für die Akzeptanz dieser menschenverachtenden Handlungen in der Gesellschaft darstellte, war folgerichtig die Abweisung des deutschen Nationalismus in der Nachkriegsgesellschaft zu verstehen.

Nationen sind nur erfunden

Um Nationalstaaten bzw. Räume abzutrennen von anderen, werden Grenzen gezogen. Diese Grenzen sind nur menschlich konstruiert, was dadurch am deutlichsten wird, dass sich Grenzen im historischen Zeitverlauf verändert haben oder vielmehr verändert wurden. Dass der eine Raum Deutschland ist und der andere Raum ein Nachbarstaat hat keine natürliche Begründung, es liegt nicht an dem Fakt, dass sich die Landschaft oder die Kultur dort abgrenzen würden. Der einzige Grund ist die subjektive menschliche Handlung, die diese Grenze genau an dieser Stelle gezogen hat. Oftmals wird versucht eine Eingrenzung durch geographische Faktoren zu begründen. Aktuell kann dies im Integrationsprozess der Europäischen Union beobachtet werden, wo versucht wird, das Ende der räumlichen Integration in einer geographischen Begründung zu suchen und somit die Entscheidungsverantwortung von sich zu weisen. Dieser falsche Naturdeterminismus führt dazu, dass subjektive und interessensgeleitete Meinungen unter dem Deckmantel der Objektivität versteckt werden, um sie als die einzig sinnvolle Handlungsmöglichkeit dar zu stellen. Die Gefahr dieser Abgrenzung besteht genau in diesem Geodeterminismus. Grenzen werden als naturgegeben wahrgenommen und konstruieren hierüber vermeintlich homogene Gesellschaften, die sich von anderen abgrenzen.

Diese vermeintlich objektive Andersartigkeit birgt stets die Gefahr, dass Menschen die eine konstruierte Gemeinschaft über die andere konstruierte Gemeinschaft stellen. Dies war in der Vergangenheit ein Kernpunkt für kriegerische Auseinandersetzungen und für die „Blut- und-Boden-Ideologie“, die ein zentrales Element des Dritten Reiches und auch heutiger Neonazis darstellt.

Die Nation, eine Worthülse

Eine interessante Beobachtung ist zu machen, wenn man danach fragt, was Deutsch-Sein bedeutet? Ist es gebunden an eine Sprache, an eine gemeinsame Kultur, an „deutschen“ Wesensmerkmalen? Was Deutsch-sein also ausmacht und nicht ausmacht ist nicht festgelegt. Und wenn es festgelegt wäre, so könnte man dies auch schnell widerlegen. Wenn die CDU auf ihrem Parteitag beschließt die Sprache in Deutschland ist deutsch, also eine Verknüpfung von Deutsch-Sein mit dem deutschen Sprachraum herstellt, dann kommen schnell Zweifel an dieser einfachen Deckungsgleichheit. Beispielsweise leben sorbisch-sprechende Menschen auch in Deutschland. Genauso zählt sich die deutsch-sprachige Gemeinde in Belgien zu Belgien. Eine solche einfache Verbindung ist also nicht her zu stellen. Worin kann also dann das Deutsch-Sein begründet werden. Die Antwort hierauf ist relativ simpel. Es gibt keine Eigenschaften. Nationale Identitäten sind leere Worthülsen die keinen wirklichen Inhalt haben. Die Crux ist, dass diese auch undefiniert und leer bleiben müssen, da nur so sich eine gesamte große Gruppe in ihm wiederfinden kann. Wäre er nicht im Grunde inhaltsleer und würde spezifische Eigenschaften definieren, wäre es nicht möglich eine große Gruppe durch diesen repräsentieren zu lassen.

Die Gemeinsamkeit: Die Abgrenzung

Wenn eine Nation in sich so heterogen ist, wenn eine Nation eine sinnleere Worthülse ist, dann zeigt es sich, dass es schwer, wenn nicht unmöglich, ist sich über Gemeinsamkeiten zu definieren. Eine Nation definiert sich folglich nicht über Gemeinsamkeiten, sondern über ihre Abgrenzung zu anderen, die gemeinsame Abgrenzung vom vermeintlich Fremden. Besonders problematisch werden diese Tendenzen, wenn nicht mehr reflektiert wird, dass diese Grenzziehungen nur fiktiv und durch den Menschen konstruiert sind und somit als etwas Feststehendes, Natürliches wirken.

Homogene Gesellschaften – das Konstrukt

Das Denken in nationalen Containern induziert zudem eine vermeintliche Homogenisierung einer Gesellschaft. Keine Gesellschaft ist homogen, sodass folgerichtig auch nicht von einer deutschen Kultur oder von deutschen Interessen die Rede sein kann.

Kulturen sind nicht homogen und auch nicht konstant, sie sind individuell und verändern sich ständig, sie überschneiden sich und nehmen Elemente der anderen auf wodurch sie sich wieder weiter entwickeln. Der Schutz einer Kultur, einer deutschen Kultur, ist folglich nonsense, da durch die Inhaltsleere nicht definiert werden kann, was deutsch in einer deutschen Kultur sein soll (siehe das Fehlen einer festen allgemeingültigen Definition), und weil versucht wird homogene Kulturgemeinschaften zu konstatieren, die wohl nie so bestanden haben und auch nie so bestehen werden. Der Schutz einer deutschen Kultur dient demnach nur dem Schüren von Ängsten einer vermeintlichen Überfremdung und das Abgrenzen und das Höher-Stellen seiner Kulturvorstellung gegenüber einer anderen. Die Gefahr von Diskriminierungen, Marginalisierungen und letztendlich Fremdenhass ist an dieser Stelle groß. Diese Gefahren bestehen im einen für die abgegrenzte Gesellschaft, außerhalb der eigenen, aber diese Gefahren bestehen auch für die Mitglieder der Gesellschaft selbst. Diese geraten unter der konstruierten Homogenität unter einen Uniformitäts- und Anpassungsdruck. Lebensentwürfe, persönliche Eigenschaften und Vorstellungen die von der dominanten abweichen, werden als anormal bezeichnet und marginalisiert. Ein Leben in einer pluralistischen Gesellschaft, in der die Menschen keinen Anpassungsdruck an „deutsche Eigenschaften“ erleiden müssen, ist an dieser Stelle nicht möglich.

Ablenkung von Problemen

Nationalgefühl birgt auch immer die Gefahr Probleme und Missstände in einer Gesellschaft zu kaschieren und zu rechtfertigen. Angesichts des Deutschlands-Trubels im Rahmen der Welt- und Europameisterschaften bekommt man schnell den Eindruck, dass Nationalgefühl als kollektives Antidepressivum wirkt. In einer Gesellschaft, in der durch die Individualisierung von Lebensrisiken und der damit verbundene Aufkündigung des solidarischen Gesellschaftsprinzips, der soziale Zusammenhalt bedroht ist, braucht es ein alternatives Kriterium der kollektiven Identifikation. So gewinnt Nationalität als ein solches, für jeden und jede leicht zugängliches Identifikationsmerkmal an Bedeutung. Das Wiedererstarken nationaler Identität und der Abbau des Sozialstaates in den vergangenen Jahren sind von daher zwei Seiten ein und derselben Medaille.

In keinem anderen OECD Land hat sich die Einkommens- und Vermögensverteilung in den letzten Jahren so gravierend auseinanderentwickelt, wie in Deutschland. Wissenschaftliche Studien belegen die Existenz einer Unterschicht, dem Prekariat. Während ein Niedriglohnsektor entsteht, explodieren ManagerInnengehälter. Die Teilnahme an demokratischen Prozessen, zum Beispiel Wahlen, ist drastisch gesunken. Dies alles zeigt uns: Gleichheit – materiell oder politisch – ist in Deutschland auf dem Rückzug. Wettbewerb und Ungleichheit in unserem Land produziert GewinnerInnen und in immer höherem Maß aber VerliererInnen. Nicht umsonst warnen kluge Köpfe wie Gesine Schwan vor gesellschaftlichen Unruhen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen erleben wir das Angebot des Nationalgefühls als einen Kittungsversuch, mit dem unternehmerische und kapitalistisch-mediale Kräfte – zum Beispiel die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – versuchen, eine auseinanderdriftende Gesellschaft unter dem Mythos „Du bist Deutschland“ zusammenzuhalten.

Es ist von daher unser Auftrag, dem Abbau des Sozialstaates entgegenzutreten und für eine Annäherung an Einkommens- und Vermögensgleichverteilung einzustehen. Der Schlüssel in der Bekämpfung einer nationalen Überhöhung liegt eben in der sozialen Absicherung, der Bereitstellung hinreichender Ausbildungsplätze und der Überwindung der Bildungsmisere. Auch müssen wir aufpassen, an welchen Stellen Keile in das Prinzip der Solidarität getrieben werden. Ist der demographische Wandel nicht viel zu sehr längst zum Peitschwort für einen erfundenen Generationenkonflikt geworden, mit dem weitere Ungleichheiten gerechtfertigt werden? Von all diesen gesellschaftlichen Problemen wird abgelenkt durch die lustvolle Betonung einer neuen, nationalen Identität.

Wir Jusos

Wir Jusos finden es wichtig dieses neue Nationalgefühl kritisch zu hinterfragen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass ein wenig Nationalgefühl nicht weit entfernt ist zu mehr Nationalgefühl, einem Kriterium der Abgrenzung, das auf willkürlichen Konstruktionen besteht und das der Keim ist für Fremdenhass und für menschenverachtende Ideologien. Natürlich führt Nationalgefühl nicht zwangsläufig hierzu, aber er öffnet die Türen für rechtes Gedankengut, genauso wie Stammtischparolen und „unbedachte“ Sprüche. Hierdurch halten wir es für gefährlich, wenn PolitikerInnen davon sprechen „stolz“ auf Deutschland zu sein, da sie so einen weiteren Baustein für den salonfähigen Nationalstolz geben, mitsamt seinen negativen Implikationen. Wir Jusos streben den Zusammenhalt einer Gesellschaft nicht über die Abgrenzung zu anderen an. Wir akzeptieren die Pluralität einer Gemeinschaft und streiten in dieser für einen sozialen Zusammenhalt, da dies unsere Überzeugung ist.

Wir setzen uns dafür ein, den staatlichen Raum durch einen demokratischen und öffentlichen Diskurs zu gestalten. Hierfür befördern wir die politische und materielle Gleichheit aller.

Wir leben in Deutschland, aber wir betonen, dass diese Grenzziehung nur eine subjektive vom Menschen konstruierte ist. Deutschland ist eine administrative Einheit in der wir leben.

Wir Jusos sind gemeinsam mit der SPD Teil der Sozialistischen Internationalen. Deshalb treten wir entschieden für ein solidarisches, transnationales Miteinander ein, in dem JedeR die Chance zur freien Entfaltung seiner selbst erhält. Wir folgen nicht unreflektiert dem aufkommenden deutschen Stolz. Wir kritisieren ihn, wir mahnen und wir lehnen ihn ab. Und wir machen dies nicht nur uns selbst deutlich, wir tragen dies auch in die SPD und in die Gesellschaft hinein. Wir wollen den demokratischen Diskurs anregen über die sozialen Probleme, die ursächlich sind für die derzeitige soziale Spaltung und dem damit einhergehenden wachsenden Nationalgefühl. Gerade in der globalisierten Welt, in der die Auswirkungen der Politik auch jenseits von Nationalgrenzen wirken, ist die Abschottung fatal. Wir beteiligen uns offensiv und vor allen Dingen kritisch an der aufkommenden Debatte um Assimilationsdruck, Fremdenhass und Marginalisierungen keine Chance zu lassen.